

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2024/1074

Verantwortlich: **Dez. 1**
Dienststelle: **Stabsstelle Außenbeziehungen und Strategisches Marketing**

Beitritt zum Bündnis für Demokratie und Menschenrechte Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, CDU, SPD, KAL, Volt

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Haupt- und Finanzausschuss	05.11.2024	1	Ö	Vorberatung
Gemeinderat	19.11.2024	25	Ö	Entscheidung

Kurzfassung

Die Idee eines Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte (im Folgenden kurz „Bündnis“; siehe auch <https://buendnis-karlsruhe.de>) entstand Anfang 2024 in Karlsruhe. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis ist überparteilich angelegt. Schon beim Auftakttreffen des Karlsruher Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte am 7. Februar 2024 waren rund 40 Karlsruher Institutionen anwesend. Das Bündnis ist seither weiter gewachsen auf eine Zahl von über 60 Partnern: Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Parteien, Verbände, Vereine, Hochschulen, Schulen, Kultureinrichtungen, staatliche Institutionen, sonstige Organisationen.

Das Bündnis betont das gemeinsame Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Voraussetzung zur Aufnahme in das Bündnis ist das Bekenntnis zur „Gemeinsamen Erklärung“.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Korridor Thema: Soziale Stadt
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Erläuterungen

Die Idee eines Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte (im Folgenden kurz „Bündnis“ genannt) entstand Anfang 2024 in Karlsruhe; siehe auch <https://buendnis-karlsruhe.de>. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis ist überparteilich angelegt. Schon beim Auftakttreffen des Karlsruher Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte am 7. Februar 2024 waren rund 40 Karlsruher Institutionen anwesend. Das Bündnis ist seither weiter gewachsen auf eine Zahl von über 60 Partnern: Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Parteien, Verbände, Vereine, Hochschulen, Schulen, Kultureinrichtungen, staatliche Institutionen, sonstige Organisationen.

Das Bündnis betont das gemeinsame Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Voraussetzung zur Aufnahme in das Bündnis ist das Bekenntnis zur „Gemeinsamen Erklärung“. In der am 08. April 2024 veröffentlichten Erklärung positionieren sich die Bündnispartner für ihre namensgebenden Werte – hier im Wortlaut:

Wir gründen gemeinsam das Karlsruher Bündnis für Demokratie und Menschenrechte. Wir sind ein breites zivilgesellschaftliches und überparteiliches Bündnis aus Organisationen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Parteien, Verbänden, Vereinen sowie staatlichen Institutionen in und um Karlsruhe.

Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihren wesentlichen Elementen: die Menschenwürde, das Demokratieprinzip, das Rechtsstaatsprinzip und das Sozialstaatsprinzip. Diese Werte einen uns als breites Bündnis von Demokratinnen und Demokraten. Demokratie- und menschenfeindliche Haltungen sowie extremistische Einstellungen lehnen wir entschieden ab.

Wir sehen in rechtsextremistischen und menschenfeindlichen Bestrebungen eine fundamentale Bedrohung für die Menschen in unserem Land, unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dafür stehen wir:

- 1. Um unsere Demokratie und die in unserer Verfassung garantierten Menschenrechte zu verteidigen, braucht es jetzt ein Bündnis aller Demokratinnen und Demokraten. Indem wir als demokratische Mehrheit unsere Kräfte bündeln, stellen wir uns gemeinsam gegen jegliche Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir verteidigen die Grundwerte unserer Demokratie. Wir erheben gemeinsam unsere Stimme gegen die Feinde unserer Demokratie.*
- 2. Wir stehen an der Seite der vielen Menschen, die sich von Rechtsextremen bedroht fühlen. Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies und friedliches Miteinander aller Menschen in Karlsruhe und anderswo ein, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Identität und weiteren Merkmalen.*
- 3. Wir sehen uns darin bestärkt, Menschen jeglichen Alters in unserem direkten Umfeld und in unserem Einflussbereich zu motivieren und zu aktivieren, sich für unsere Demokratie zu engagieren und schaffen für diese Menschen aktiv Räume, Möglichkeiten und Bildungsangebote, um sich und ihre Anliegen einzubringen und unsere Gesellschaft mitzugestalten.*
- 4. Wir zeigen Haltung im Alltag. Ob beim Elternabend, am Arbeitsplatz, im Verein oder beim Stammtisch, wir treten Hass und Hetze entgegen. Egal, ob in der digitalen oder analogen Welt. Wenn es um die Verteidigung unserer Demokratie geht, weichen wir nicht, wir stellen uns jeder Diskussion und jeder Auseinandersetzung.*

(Bündnis für Demokratie und Menschenrechte Karlsruhe, Februar 2024)

Um die oben genannten Ziele zu erreichen und um den Grundsätzen des Bündnisses weitere Geltung zu verschaffen, beteiligt sich das Bündnis an öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen oder plant selbst solche. Eine erste Aktion bildete eine Menschenkette am 23. Mai 2024 um das Bundesverfassungsgericht anlässlich 75 Jahren Grundgesetz. Seither trat das Bündnis unter anderem bei „MONDO – Das Fest für Alle“ am 22. Juni und bei der „Langen Nacht der Demokratie“ am 2. Oktober 2024 auf.

Das Bündnis wünscht schon länger den Beitritt der Stadt Karlsruhe.